

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.10.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Gutachten: Nord Stream 2 kann gegen EU-Gasrichtlinie klagen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 07.10.2021</i> .....	3
2   <b>“Laufzeitverlängerung von AKW technisch möglich”</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.10.2021</i> .....	4
3   <b>Ein Zelt weiter gibt es die kritische Sicht</b> <i>Salzwedeler Volksstimme, 07.10.2021</i> .....	5
4   <b>Eine Halle für bis zu 1200 Behälter mit Atommüll</b> <i>landeszeitung.de (Lüneburg), 06.10.2021</i> .....	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 07.10.2021 | S. 10

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 hirsch.christopher

## Gutachten: Nord Stream 2 kann gegen EU-Gasrichtlinie klagen

Im Streit um die geänderte europäische Gasrichtlinie kann die Nord Stream 2 AG nach einem Gutachten des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) wieder hoffen. Die Klage der Ostsee-Pipeline-Betreiber gegen die geänderte EU-Gasrichtlinie ist laut dem gestern veröffentlichten Gutachten zuvor zu Unrecht abgewiesen worden. Das Unternehmen ist nach Ansicht des Generalanwalts Michal Bobek durchaus klagebefugt. Inhaltlich nahm er keine Stellung zur Klage. (Rechtssache C-348/20 P)

Die Nord Stream 2 AG hatte vor dem Gericht der Europäischen Union geklagt, weil es neue Regeln für Gasleitungen für nichtig erklären lassen wollte. Diese waren nach Baustart der kürzlich fertiggestellten Gaspipeline von Russland nach Deutschland in Kraft ge-

treten und enthalten etwa Vorgaben zur Entflechtung von Gasvertrieb und Pipeline-Betrieb. Das EU-Gericht hatte die Klage abgewiesen. Aus damaliger Sicht der Richter müsste Nord Stream 2 vor deutschen Gerichten klagen, da die Umsetzung in nationales Recht entscheidend sei. Den Beschluss hatte das Unternehmen vor dem EuGH angefochten. Das EuGH-Gutachten widerspricht nun der Auffassung des EU-Gerichts. Die geänderte Richtlinie betreffe die Nord Stream 2 AG unmittelbar, weil sie nur einen gewissen Spielraum zur Umsetzung auf nationaler Ebene gebe. Die Gasfernleitung sei auch individuell betroffen. Wegen des Zeitpunkts des Erlasses könne Nord Stream 2 im Gegensatz zu anderen Projekten keine Abweichung oder Ausnahme von den Regeln in Anspruch nehmen.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 07.10.2021 | S. 17

📄 Auflage: 210.488 | Reichweite: 940.692

👤 Christian Geinitz

## “Laufzeitverlängerung von AKW technisch möglich”

### Atomfreundlicher Aktionskreis lobbyiert bei der FDP, aber selbst die Betreiber halten das Thema für erledigt

**itz. BERLIN.** Hohe Strom- und Gaspreise, Angst vor Versorgungsengpässen, Warnungen vor dem Klimakollaps: Angesichts solch dringender Fragen erfährt die Kernenergie in einigen Ländern eine Renaissance. In Deutschland indes gibt es keine Diskussion darüber, für den Klimaschutz und als Reserveenergie die Atomkraftwerke (AKW) weiterlaufen zu lassen - obgleich das technisch möglich wäre. Darauf weist eine Analyse des Aktionskreises Energie und Naturschutz (Aken) hin, die dieser nach eigenen Angaben der FDP-Spitze für die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung vorgelegt hat. Dem Vernehmen nach haben die Liberalen das Papier aber bisher nicht in die Gespräche eingebracht.

Die Analyse, die der F.A.Z. vorliegt, stützt sich auf Erhebungen unter namentlich nicht genannten "Vorständen und Führungskräften führender Unternehmen der Kerntechnik und der Betreiber von Kernkraftwerken". Den Angaben zufolge könnten aus technischer Sicht alle sechs noch verbliebenen Atommeiler über die geplanten Abschalttermine Ende 2021 und Ende 2022 hinaus weiter am Netz bleiben, wenn die Politik einen Ausstieg vom Atomausstieg beschlösse.

Die Laufzeitverlängerung wäre möglich, da sich die Anlagen auf dem Stand der Technik befänden und alle Anforderungen nach der Katastrophe von Fukushima 2011 berücksichtigt hätten. Die Gesamtkosten für den Weiterbetrieb beziffert Aken auf eine Milliarde Euro. Nötig seien aber rechtliche Garantien für mindestens 15 Jahre. Jedes Jahr ließen sich so gewinnbringend 64 Terawattstunden "emissionsfreier Strom" erzeugen. Es gebe etliche Herausforderungen, die aber lösbar seien: etwa die Rekrutierung und Ausbildung

junger Ingenieure und Techniker oder die Beschaffung neuer Brennelemente. Deutschland habe einen Bedarf von weniger als 2 Prozent am globalen Uranmarkt, die Produktion neuer Brennstäbe dauere 18 Monate. Übergangsweise könnten zudem ältere genutzt werden. Jedes Jahr fielen etwa 150 Tonnen abgebrannte Brennelemente an. Beim Personal und bei den Lieferketten für Zulieferungen müsse man nötigenfalls auf das Ausland ausweichen.

Das Papier des Aktionskreises, der zu den letzten AKW-Befürwortern in Deutschland zählt dem Wissenschaftler und Berater angehören, schlägt vor, dass das Bundeswirtschaftsministerium ein Rückbauverbot erlassen und der Bundestag das Atomgesetz novellieren und eine Bestandsgarantie für 15 oder 20 Jahre abgeben müsse. In dieser Zeit ließen sich rund eine Gigatonne CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Die am Netz verbleibenden Nuklearreaktoren "wären dann eine ressourcenschonende, Versorgungssicherheit steigende, bezahlbare Brückentechnologie", heißt es in dem Papier.

Fachleute aus der Branche, die ungenannt bleiben wollen, bestätigen die technische Machbarkeit. Doch politisch ist der Umschwung unrealistisch und wird auch von den letzten Betreibern PreussenElektra, EnBW und RWE nicht befürwortet. Der Verband KernD - früher Deutsches Atomforum - lehnt die Laufzeitverlängerung ebenfalls ab. Die Sache sei "erledigt", teilen die Betreiber unisono mit. Es gehe jetzt nur noch um den Rückbau und um die Energiewende. 2010 hatte Deutschland zunächst die Laufzeiten seiner AKW verlängert, nach "Fukushima" dann aber auf spätestens 2022 verkürzt.

Salzwedeler Volksstimme | 07.10.2021 | S. 16

Auflage: 5.809 | Reichweite: 9.381

Walter Mogk

## Ein Zelt weiter gibt es die kritische Sicht

### Verein „Ausgestrahlt“ kontert Endlager-Ausstellung des Bundesamtes mit eigener Schau in Sieben Linden

*Neben der Ausstellung des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) ist bis Sonntag noch eine zweite Schau zur Atommüll-Endlagersuche im Ökodorf Sieben Linden zu sehen. Der bundesweit tätige Verein „Ausgestrahlt“ beleuchtet darin den Suchprozess kritisch.*

**Poppau** - Seit Freitag ist die Ausstellung „suche:x“ des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im Ökodorf zu sehen (Volksstimme berichtete). Und am Sonntag haben die Schautafeln im Pavillon Gesellschaft bekommen. Ein Zelt weiter informiert die bundesweit tätige Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“ ebenfalls über die laufende Suche nach einem Atommüll-Endlager und stellt dabei ihre kritische Sicht auf das Verfahren dar.

„Es ist wichtig, dass den Menschen ins Bewusstsein gebracht wird, um was es geht. Wir möchten, dass nach wissenschaftlichen Kriterien entschieden wird, wo der sicherste Standort für ein Endlager ist“, erklärte Gabi Bott von der Bürgerinitiative „Atomerbe – wohin“, die auch diese Ausstellung nach Sieben Linden geholt hat. Es gelte, aus den Erfahrungen im Wendland zu lernen, auf dem dort erworbenen Wissen aufzubauen und ein „zweites Gorleben“ zu verhindern.

Christel Rosenbaum von der BI sprach von einer Gendarstellung zur offiziellen BASE-Ausstellung. Damit wolle man den Menschen Gelegenheit geben, sich auch mit kritischen Fragen zur Endlagersuche auseinanderzusetzen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Für Dieter Schaarschmidt von „Ausgestrahlt“ ist es wichtig, aus den ideologischen Grabenkämpfen von früher herauszutreten und Vertrauen aufzubauen. Dies sei aber nur möglich, wenn die Bürger umfassend am Suchprozess beteiligt werden, volle Transparenz gewährleistet wird und alle geologischen Daten auf den Tisch kommen. Letzteres sei bis dato jedoch nicht der Fall, da viele Daten noch gar nicht in digitalisierter Form vorliegen.

Dieter Schaarschmidt zeigte sich ziemlich sicher, dass die Altmark wegen der vielen Erdgasbohrungen im

Untergrund letztlich nicht als Standort in die enge Wahl gezogen wird. „Es muss aber auf jeden Fall wissenschaftlich-geologisch argumentiert und abgewogen werden und nicht aus politischem Kalkül, wo man den Menschen den Atommüll am einfachsten unter den Teppich kehren kann“, mahnte er.

### Argumentation wird hinterfragt

Auf den Schautafeln werden zum einen verschiedene Stationen des Konflikts um die Lagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland dargestellt. Zum anderen nimmt „Ausgestrahlt“ den derzeitigen Endlager-Suchprozess unter die Lupe und hinterfragt die Argumentation der BASE. So wird kritisiert, dass Regionen, für die keine aussagekräftigen geologischen Daten vorliegen, von vornherein aus dem Verfahren ausgeschlossen wurden. Damit würde ein möglicherweise geeignetes Gebiet gar nicht erst betrachtet.

Auch die Bürgerbeteiligung geht „Ausgestrahlt“ nicht weit genug. Die angebotenen Instrumente würden sich auf Information und Anhörung beschränken, eine Beteiligung ohne Ergebniswirksamkeit sei jedoch sinnlos.

„Die Region, die das Atommüll-Risiko für die ganze Gesellschaft auf sich nimmt, sollte auch darüber mitentscheiden können, wie das Suchverfahren gestaltet wird und wie die Lagerung aussieht“, heißt es auf einer der Tafeln. Zudem vermisste man die versprochene Transparenz. So seien große Datenmengen nach wie vor unter Verschluss und die nächsten Schritte im Suchprozess würden wieder hinter verschlossenen Türen geplant. Als Alternative schlagen die Ausstellungsmacher eine „gläserne Standortsuche“ vor.

Die Ausstellung von „Ausgestrahlt“ ist noch bis Sonntag, 10. Oktober, ohne vorherige Anmeldung zu besichtigen. Die Schau des BASE endet morgen Mittag.



📰 landeszeitung.de (Lüneburg) | 06.10.2021

🔗 WEBLINK

## Eine Halle für bis zu 1200 Behälter mit Atommüll

Bis ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Betrieb geht, dauert es noch Jahrzehnte. Solange bleibt der Müll in Zwischenlagern neben den Meilern. Doch schwach- und mittelradioaktiver Müll soll - zumindest

in Krümmel - in einer neuen, riesigen Halle untergebracht werden – bis er irgendwann ins Zwischenlager Schacht Konrad transportiert wird.